# Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.

Dietrich W. Thielenhaus

## Die Spaltung Europas

Die ebenso plan- wie erfolglose Euro-Retterei ist dabei, den Kontinent nachhaltig zu spalten. Damit wird nicht nur der viel zitierte Beitrag zur europäischen Friedenssicherung konterkariert, sondern auch die seit Kriegsende mühsam aufgebaute Völkerverständigung in Europa. Nach Einschätzung des „Focus" hat die dreijährige „Hilfshektik" dazu geführt, dass der Norden den Süden verachte und der Süden den Norden hasse. Die einen wollten nicht mehr zahlen und seien wütend, „verantwortungslose Verschwender" retten zu müssen. Die anderen wollten nicht mehr sparen und „damit für die Fehler ihrer korrupten Polit-Wirtschaftskaste büßen". All das fördere den Zulauf für Rechts- und Linksextremisten. Das Blatt weiter: „Die Kombination aus Zwangssparen, Wohlstandsverlust und Radikalisierung droht, das System der parlamentarischen Demokratie zu sprengen." Und: „Der Euro, unter dem wir heute leiden, ist nichts anderes als eine Gemeinschaftswährung, in die zusammengepfercht wurde, was niemals zusammengehört hätte: Starke und Schwache, Solide und Verschwender, Reformbereite und Ewig-Verkrustete. Mit der Folge, dass überforderte Politiker heute über Milliarden-Finanzpakete entscheiden müssen, die sie nicht einmal im Ansatz verstehen."

## Kartell des Schweigens

Im Frühsommer mehrten sich in Berlin die Stimmen, die offen für einen geordneten Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone votierten. Seit August aber scheinen sich alle deutschen „Spitzenpolitiker" zu einem irrationalen „Weiter so" verschworen zu haben. Was hat diesen dubiosen Meinungswechsel im gespenstisch ruhigen Sommer 2012 verursacht? Der Bundestagsabgeordnete Gregor Gysi hat kürzlich vor dem deutschen Parlament behauptet, die Regierung Merkel sei bei ihrem letzten Staatsbesuch in Peking von der chinesischen Regierung „gebeten" worden, einen Austritt Griechenlands unter allen Umständen zu verhindern. Grund dafür sei die Sorge, dass der Wert der mittlerweile extrem hohen Euro-Devisenbestände Chinas anderenfalls massiv leiden würde. Angeblich soll die chinesische Regierung damit gedroht haben, bei Nichtbefolgung ihrer „Bitte" die Gemeinschaftswährung durch massenhaften Verkauf in schwere Turbolenzen zu stürzen. Gysis Behauptungen sind bis heute von der Bundesregierung weder kommentiert noch dementiert worden.

## Steuererhöhung zur Euro-Rettung?

Allmählich dämmert es der Allparteien-Koalition von CDU/CSU, FDP, SPD und Grünen, dass die Euro-Rettung den Deutschen eine unabsehbare Reihe desaströser Zahltage bescheren wird. Daher greift man jetzt wieder zurück auf die vielfach gescheiterten Instrumente aus der sozialistischen Mottenkiste: Steuererhöhung heißt das Zauberwort. Nun ist allgemein bekannt, dass die 20% meistverdienenden Deutschen schon heute über 70% der gesamten Einkommenssteuer aufbringen. Gleichwohl sind vor allem Steinbrück und Trittin dabei, mit einem Sammelsurium an steuerlichen Folterwerkzeugen dem Mittelstand den Rest zu geben. Dazu gehören deutliche Anhebungen der Einkommens- und Abgeltungssteuer, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und die Streichung der vor wenigen Jahren beschlossenen Vergünstigungen bei der Vererbung und Fortführung von Familienbetrieben. Darüber hinaus denkt die Nomenklatura in Berlin derzeit über zusätzliche Instrumente wie Zwangsanleihen und Zwangshypotheken nach, die bisher nur in historischen Extremsituationen wie der Nachkriegszeit eingesetzt worden sind.

## „Der Zorn der Bürger"

Der Austritt Deutschlands aus dem Euro erscheint immer mehr als das kleinere Übel unter den noch verbliebenen Optionen. Diese Meinung wird mittlerweile auch zunehmend von renommierten Volkswirten vertreten. So verweist der Finanzwissenschaftler Stefan Homburg darauf, dass den Deutschen bei Einführung der Gemeinschaftswährung versichert worden sei, Beistandszahlungen seien genauso verboten wie eine Staatsfinanzierung durch die EZB. Beide Versprechungen hätten sich inzwischen als Lügen erwiesen. Damit sei die Geschäftsgrundlage für den Euro entfallen. Zu dem immer wieder kolportierten Argument, der deutsche Export werde durch die mit einem Austritt verbundene Aufwertung gefährdet, merkt Prof. Homburg an: „Volkswirtschaftlich sind hohe Exporte kein eigenständiges Ziel. Schon gar nicht, wenn auf Pump exportiert wird und wir die Kredite dann an uns selbst zurückzahlen. Dies ist ein unsinniges Schneeballsystem, eine Wohlstandsillusion. Im Grunde könnten wir viele Exportgüter gleich verschenken." Und weiter: „Auf Dauer gesehen ist ein Verbleib im Euro teurer als ein Ausscheiden, weil wir weiterhin gutes Geld dem schlechten hinterherwerfen. Außerdem entstehen die Kosten nicht durch den Austritt. Die Kosten sind schon entstanden, sie werden beim Austritt nur aufgedeckt. Die Politik will die Kosten aber nicht aufdecken, weil sie den Zorn der Bürger fürchtet. Sie will die Probleme so lange wie möglich verschleiern und uns weismachen, durch den Fiskalpakt werde alles gut. Dabei ist klar, dass der Fiskalpakt ebenso wenig funktionieren wird wie der 20 Jahre alte Stabilitätspakt, der ständig gebrochen wurde." Außerdem spricht sich der Ökonom für geordnete Staatsinsolvenzen der überschuldeten Südländer aus. Die gegenwärtigen rechtswidrigen Beistandszahlungen verringerten den Anreiz zur Selbsthilfe. Insofern würden Dominoeffekte durch die Rettungspolitik nicht verhindert, sondern geradezu herbeigeführt.